



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haager Str. 14, D-79539 Lörrach

An

die örtliche Presse



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 STUTTGART
Telefon (0711) 2063-645
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
79539 Lörrach
Haagerstr. 14
Telefon (07621) 5839520
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: wahlkreisbuero@josha-frey.de

Lörrach, den 10.09.2014

Pressemitteilung

Bund verweigert sich jeder weiteren Mitarbeit für einen besseren Schutz vor Fluglärm

Eine Anfrage der grünen Landtagsfraktion dokumentiert die Verweigerungshaltung und die Hinhaltenaktik von Verkehrsminister Dobrindt

Der Landtagsabgeordnete Joshua Frey kritisiert die Verweigerungshaltung des Bundes, weitere Anstrengungen zum Schutz der südbadischen Bevölkerung vor dem Lärm des Flughafen Zürich zu unternehmen. Nach dem faktischen Scheitern des vom früheren Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ausgehandelten Staatsvertrages mit der Schweiz hat sein Nachfolger jegliches Engagement eingestellt. Dies ergibt sich aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der grünen Fraktion. „Der Bund torpediert jegliche Bemühungen, Verbesserungen der jetzigen Situation zu erreichen. Nachdem sich Peter Ramsauer in Südbaden eine blutige Nase geholt hat, scheut sein Nachfolger Alexander Dobrindt das Thema wie der Teufel das Weihwasser“, so Joshua Frey.

Er sieht dies durch das Verhalten des Bundes und seiner nachgeordneten Behörden belegt. „Es ist schwer nachvollziehbar, dass die Flugsicherungsorganisationen der beiden beteiligten Länder schon seit mehr als einem Jahr an Flugverfahren arbeiten. Dieses Tagesgeschäft kann nicht länger als Ausrede genutzt werden, um die notwendigen politischen Gespräche auf die lange Bank zu schieben“, so Joshua Frey. Diese müssen laut Frey zum Ziel haben, die Forderungen der Stuttgarter Erklärung – Beschränkung von Flugrouten, Deckelung der Anflüge auf 80.000 Flugbewegungen im Jahr, keine Abflüge über deutschem Gebiet - in einen modifizierten Staatsvertrages einzubauen.

Stattdessen verfähre der Bund nach einer Vogel-Strauß-Politik. Briefe mit der Bitte um Informationen zu Zwischenergebnissen der Fachgespräche der Flugsicherungen bleiben

seit Februar unbeantwortet. Wie der Bund zum Schweizer Wunsch eines satellitengestützten Anflugverfahrens will er bislang nicht mitteilen. Den vom Land gegründeten Deutschen Fluglärm-Beirat für den Flughafen Zürich boykottiert er durch Abwesenheit sowohl von politischen Vertretern als auch von Fachleuten der Deutschen Flugsicherung.

„Durch diese Haltung des Bundes schweben der Staatsvertrag und seine Verschlechterungen weiter wie ein Damoklesschwert über Südbaden“, sagt Josha Frey. Umso dringlicher seien Signale aus Berlin, wie es mit dem Thema weitergeht. Er fordert insbesondere die CDU-Bundestagsabgeordneten der Region auf, ihren Unionsfreund Dobrindt an seine Aufgaben als alleinige Entscheidungsinstanz in Sachen Fluglärm zu erinnern. „Ex-Minister Peter Ramsauer hat mit dem vermurksten Staatsvertrag eine Bruchlandung erlitten. Das darf für seinen Nachfolger aber kein Grund sein, beleidigt die Arbeit zu verweigern und jeglichen Neustart für Verbesserungen des für alle Seiten unbefriedigenden Status Quo abzuwürgen.“

Mit freundlichen Grüßen

J. Frey MdL